
Aussprache

Oberflächliche Argumentation

(Zu: Karl Kühne, Bilanz der ersten Nachkriegsdepression in der westlichen Industrielwelt, Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 12/1975, Seite 744 ff.)

Kühnes Analyse muß man in vielen Punkten zustimmen. Deshalb ist es schade, daß er in dem Abschnitt „Entdramatisierung des Defizits“ durch oberflächliche Argumentation die finanzpolitischen Probleme, die zum Sanierungsprogramm der Bundesregierung geführt haben, allzusehr bagatellisiert.

Auf Seite 758 spricht der Autor von einem „echten strukturellen Defizit“ von 7 Md. DM und fragt: „Hat sich der Lärm der Sparprogramme für diese Summe gelohnt?“ Dann fährt er im nächsten Absatz fort: „Das Defizit ohne Normalverschuldung würde beim Wiederaufschwung automatisch um die Konjunkturprogramme, die Steuerausfälle und die Zuschüsse an die Bundesanstalt verringert, somit von 54 auf etwa 23 Md. DM sinken.“

Auch wenn man zunächst einmal diese Rechnung akzeptiert, sagt also Kühne selbst, daß *ohne* Normalverschuldung ein Defizit von 23 Md. DM (also nicht 7 Md. D-Mark) zu bewältigen sei. Zu den drei Defizit-Komponenten, die nach Kühnes Meinung automatisch im Aufschwung verschwinden, ist indessen folgendes anzumerken: 1. *Konjunktur Programme*

Hier verschwinden nur die aus öffentlichen Ausgaben bestehenden Konjunkturprogramme. Es existiert aber noch ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft in Gestalt der mit der Gießkanne verstreuten Investitionszulage für private Investoren aus dem Dezemberprogramm 1974, woraus in den nächsten Jahren durch Abzug der Zulage von der Steuerschuld der begünstigten Unternehmen noch Steuerausfälle in Höhe von 7 bis 8 Md. DM zu erwarten sind. 2. *Konjunkturbedingte Steuerausfälle*

Kühne beziffert diese Ausfälle 1975 auf 15 Md. DM. Dies trifft zu bei einem Vergleich der letzten Steuerschätzung (August 1975) mit der vorletzten (März 1975). Sinnvoller ist jedoch ein Vergleich mit der Steuerschätzung von Juni 1974. *Erstens* korrigiert nämlich das Sparprogramm die vorletzte mehrjährige Finanzplanung des Bundes für den Zeitraum 1974/78, die — ebenso wie die vorangegangenen „Mifrifis“ der meisten Bundesländer — auf dieser Schätzung basiert, die im übrigen bereits die Steuerreformauswirkungen berücksichtigt. *Zweitens* ist auch unter dem Gesichtspunkt der Konjunkturbedingtheit ein Bezug auf die 1974er Schätzung eher an-

gebracht, weil diese noch von einem normalen Wirtschaftswachstum ausging, während die Steuerschätzer im März 1975 bereits — wenn auch unzureichend — eine krisenbedingte Wachstumsabschwächung einkalkulierten. Ein Vergleich der Schätzungen Juni 1974 — August 1975 ergibt einen Steuerausfall von fast 33 Md. DM — mehr als das Doppelte der von Kühne angegebenen 15 Md. DM. Hinzu kommt, daß bereits 1974 eine konjunkturelle Einbuße bei den Steuereinnahmen von etwa 10 Md. D-Mark zu beklagen war.

Derartige enorme Einbrüche haben einen Basiseffekt zur Folge, der beim Start in einen neuen Aufschwung nicht so schnell wieder wettgemacht werden kann, d. h. mit einem raschen „automatischen“ Aufholen der Steuereinnahmen kann nicht gerechnet werden. Dazu reicht die Elastizität unseres Steuersystems nicht aus. Der Nachholprozeß hat vielmehr eine *mittelfristige* Laufzeit, und während dieser Zeit müssen gleichsam nachwirkende konjunkturell bedingte Defizite auf Grund mangelnder Steuereinnahmen bewältigt werden.

3. *Zuschüsse des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit*

Schön wäre es, wenn die Bundeszuschüsse an die Nürnberger Anstalt im Aufschwung automatisch verschwinden würden; denn dies würde bedeuten, daß mit dem Aufschwung auch wieder Vollbeschäftigung einkehrt. Wegen der Tiefe der Depression (Kühne verwendet diesen Ausdruck m. E. zu Recht), wegen eines hohen Rationalisierungsanteils am Investitionsvolumen und anderer strukturell bedingter Ursachen kann damit aber leider nicht gerechnet werden. Folglich konstatiert selbst die Bundesregierung, daß man auch bei konjunktureller Normalisierung weiterhin mit einer im Vergleich zur Vergangenheit höheren Arbeitslosenquote rechnen muß. Selbstverständlich ist alles zu tun, um diese wieder abzubauen. Finanzpolitisch muß man aber zunächst einmal gewappnet sein. Deshalb ist als Bestandteil des Haushaltsstrukturgesetzes ab 1. 1. 1976 der Arbeits-

losenversicherungsbeitrag erhöht worden. Ohnedem würde der Bund weiterhin Milliardendefizite der Bundesanstalt abdecken müssen.

Alles in allem dient das Sparprogramm nicht der Beseitigung eines „strukturellen“ Defizits von nur 7 Md. DM oder auch — unter Einschluß des Steuerreformausfalls — 23 Md. DM. Wäre es so, dann müßte mit Recht die Frage gestellt werden, ob ein derart einschneidendes Sparprogramm einschließlich Mehrwertsteuererhöhung erforderlich wäre. (Die Feststellung, daß dieses Programm keineswegs sozial ausgewogen ist, bleibt davon unberührt.) Weil der öffentliche Gesamthaushalt sich von dem schweren konjunkturellen Rückschlag aber nur langsam erholen kann, ist der Konsolidierungsbedarf viel größer, als Kühne annimmt.

Auf einem anderen Blatt steht freilich die Frage, ob es zu verantworten ist, daß

die öffentlichen Haushalte durch Schuldendienstlasten für Konjunkturprogramme und zur Abdeckung krisenbedingter Steuerausfälle auf Jahre hinaus faktisch manövrierunfähig werden, d. h. keinen Spielraum zur Finanzierung zusätzlicher Infrastruktur- und gesellschaftspolitischer Aufgaben haben. Der Vorschlag namhafter Finanzwissenschaftler, zur Finanzierung des Defizit-Spending statt teurer Kapitalmarktkredite zinslose Notenbankkredite aufzunehmen, sollte ernsthaft geprüft werden. Im übrigen hat Kühne auch völlig recht mit seiner Auffassung, daß die Beibehaltung einer überzogenen und falschen Stabilitätsorientierung der Wirtschaftspolitik für die Tiefe und Länge der Krise mitverantwortlich gemacht werden muß.

*Dr. Wilfried Höhnen,
Abt. Wirtschaftspolitik beim
DGB-Bundesvorstand, Düsseldorf*